

VIETNAM

Aufenthalt eines inhaftierten Hauskirchenleiters unbekannt

Zum „Gefangenen des Monats November 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den vietnamesischen Christen Y Hriam Kpa benannt. Der 48-Jährige aus der Volksgruppe der Jarai war Leiter einer evangelischen Hauskirche. Trotz enormen Drucks der Behörden war er nicht bereit, seine Gemeinschaft der staatlichen Kontrolle durch die Kommunisten zu unterwerfen. Schließlich widersetzte er sich der Auflösung seiner Hauskirche. Am 30. Juli 2015 wurde er festgenommen. Wie später bekannt wurde, erfolgte eine Verurteilung wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ zu sieben Jahren Gefängnis und zu einer zusätzlichen Bewährungsstrafe von drei

Musterbrief

Staatspräsident Luong Cuong
c/o Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam
Elsenstraße 3
12435 Berlin

Exzellenz,

ich wende mich heute in Sorge um den im Jahr 2015 inhaftierten Christen Y Hriam Kpa an Sie. Die örtlichen Behörden wollten ihn zur Auflösung seiner christlichen Gemeinschaft zwingen. Nachdem er nicht mit ihnen kooperierte, wurde er am 30. Juli 2015 festgenommen. Wie später bekannt wurde, erfolgte schließlich eine Verurteilung wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ zu sieben Jahren Gefängnis und zu einer zusätzlichen Bewährungsstrafe. Der 48-jährige Y Hriam Kpa hatte lediglich von seinem Menschenrecht auf Religionsfreiheit Gebrauch gemacht, das in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte garantiert wird. Vietnam ist Vertragsstaat dieses Paktes. Y Hriam Kpa war im Dak Trung Gefängnis in M'Drak inhaftiert. Es ist nicht bekannt, dass er von dort nach Ende der gegen ihn verhängten Haftstrafe entlassen wurde. Bitte tun Sie alles in Ihrer Macht Stehende, um ihn gegebenenfalls freizulassen und die Öffentlichkeit über seinen Gesundheitszustand sowie seinen Aufenthaltsort zu informieren.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

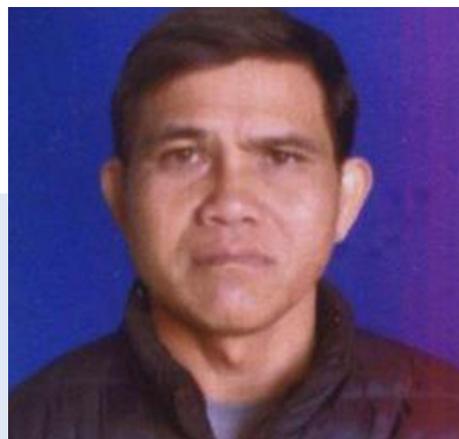


FOTO: PRIVAT

Y Hriam Kpa

bis fünf Jahren. Beobachter erwarteten 2022 seine Freilassung aus dem Dak Trung Gefängnis in der Distrikthauptstadt M'Drak, Provinz Dak Lak. Sein Aufenthaltsort ist seither unbekannt. Die IGFM ruft zu Appellen an den vietnamesischen Staatspräsidenten Luong Cuong auf, alles in seiner Macht Stehende zu veranlassen, um die Öffentlichkeit über Aufenthaltsort und Gesundheitszustand Kpas zu informieren und gegebenenfalls endlich seine bedingungslose Freilassung zu erwirken.

WELTWEIT

Einladung zur Hamburger Lichterkette für verfolgte Christen

Die IGFM-Arbeitsgruppe Hamburg lädt auch in diesem Jahr zur alljährlichen „Lichterkette für verfolgte Christen“ ein. Die Kundgebung beginnt am Samstag, 23. November 2024, um 16 Uhr in der Hamburger Innenstadt, auf dem Ida-Ehre-Platz nahe der U-Bahn-Station Mönckebergstraße. Wie in jedem Jahr werden Vertreter aus Politik, Kirche und Gesellschaft zum Thema auf dem Podium sprechen. Mittels Appellen an Oberhäupter der jeweiligen Staaten, in denen das Recht auf Religionsfreiheit massiv eingeschränkt ist, wird auf Einzelschicksale aufmerksam gemacht.

Die IGFM-Arbeitsgruppe in der Hansestadt erklärt zu ihrer Motivation, die Demonstration abzuhalten: „Wir wollen die

verfolgten Christen nicht im Stich lassen und der Öffentlichkeit die Konfrontation mit der Wahrheit nicht ersparen.“ Sie kritisiert, dass die Todesstrafen für Christen in Pakistan weiter zunehmen. Zudem würden dort nach wie vor minderjährige christliche Mädchen entführt und gezwungen, den islamischen Glauben anzunehmen und ihre radikalislamischen Entführer zu ehelichen. Im besten Fall langwierig, meist jedoch unüberwindbar sind für die Mädchen und ihre Eltern die gerichtlichen Hürden, um den erzwungenen Glaubenswechsel sowie die Ehe zu annullieren. „Diese Verbrechen sind „pervers“, wie es die Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Franziska Hoppermann aus ihrer mütterlichen Perspektive als Grußwort zu

unserer Lichterkette im letzten Jahr ausdrückte. Das sind klare Worte, wie man sie sonst selten findet“, heißt es weiter im Begleittext zur Einladung.

Die Initiatoren beabsichtigen auch, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Leid der Christen in Nigeria, von denen zehntausende von Dschihadisten ermordet wurden, zu lenken. Zudem wollen sie auf das Schicksal der aus der südkaukasischen Region Bergkarabach vertriebenen Armenier hinweisen. Mit der gewaltsamen Vertreibung von rund 120.000 ethnischen Armeniern aus Bergkarabach 2023 fanden dort weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu Lasten einer christlichen Volksgruppe statt, die nicht vergessen werden dürfen.

Rom und Peking verlängern ihr Abkommen

Die kommunistische Führung in der Volksrepublik China versucht, die Religionen an ihr politisches System anzupassen und übt dazu eine umfassende Kontrolle des religiösen Lebens aus. Sie selbst steht faktisch über dem Gesetz und duldet keine Autorität neben sich. Dessen ungeachtet versucht der Vatikan seit Jahren, den Spielraum der katholischen Christen im Land – rund zehn Millionen von 1,4 Milliarden – zu erweitern. Roms Abkommen mit Peking über die Ernennung von Bischöfen, erstmals 2018 unterzeichnet, ist jetzt wieder erneuert worden. Wie das Pressebüro des Heiligen Stuhls berichtete, wurde diesmal die Laufzeit der Geltungsdauer von zwei auf vier Jahre verdoppelt und gilt nun bis 22. Oktober 2028. Die Übereinkunft bleibt damit vorläufig. Zudem bleiben die Details weiterhin für die Öffentlichkeit verborgen.

„Angemessene Beratung und Bewertung“ sei der Entscheidung vorausgegangen. Diese stelle einen „Konsens für eine wirksame Anwendung“ dar, so ist aus der Mitteilung zu erfahren. „Die Vatikanpartei ist weiterhin bestrebt, den respektvollen und konstruktiven Dialog mit der chinesischen Partei im Hinblick auf die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zum Wohle der katholischen Kirche in China und des chinesischen Volkes insgesamt voranzutreiben“, heißt es darin weiter.



Die Kathedrale St. Michael in Qingdao (Shandong Provinz) wurde Anfang der 1930er Jahre von deutschen Missionaren errichtet.

Die katholische Online-Nachrichten-Plattform AsiaNews berichtet, dass die chinesische Regierung das Abkommen unbefristet schließen wollte, während der Heilige Stuhl auf seinem vorläufigen Charakter und der Notwendigkeit einer Klärstellung einiger Punkte bestand.

AsiaNews berichtete zudem über Schwierigkeiten in den Beziehungen aus vatikanischer Sicht: Die chinesischen Be-

hörden versetzten im April 2023 einseitig Bischof Shen Bin nach Shanghai. Die Ernennung wurde drei Monate später von Papst Franziskus bestätigt und Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin bat Peking um einen „aufrichtigen Dialog“.

Seit 2018, als es erstmals zu dieser Übereinkunft kam, wurden neun Bischöfe auf dieser Basis ernannt, während aber ein Drittel aller Diözesen in China – mehr als 30 – weiterhin unbesetzt sind. Im gleichen Zeitraum wurden acht „Untergrund“-Bischöfe von den chinesischen Behörden offiziell anerkannt, aber andere werden immer noch daran gehindert, ihr Amt auszuüben, weil sie sich weigern, den von der Kommunistischen Partei geführten Gremien beizutreten.

Anhänger der anerkannten Glaubensgemeinschaften unterliegen einer ständigen Überwachung durch Behörden und Parteistellen. Nichtkonformität innerhalb und außerhalb der anerkannten konfessionel-

len Vereinigungen zieht meist Repression nach sich. Kritiker des Abkommens zwischen Rom und Peking befürchten, dass die nicht registrierten Katholiken der sogenannten „Untergrundkirche“ dadurch weiter an den Rand gedrängt werden. Es sind sogar Bischöfe der Untergrundkirche verschwunden, wie Bischof Augustin Cui Tai von Xuanhua (Provinz Hebei) seit Frühjahr 2021.

ERITREA

Aufgrund des Glaubens der Grundrechte beraubt

Anlässlich des 30. Jahrestags der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der eritreischen Zeugen Jehovas hat die IGFM auf die Verfolgung von Religionsgemeinschaften und Kritikern in dem ostafrikanischen Land hingewiesen. Der Diktator Isayas Afewerki unterzeichnete am 25. Oktober 1994 ein Dekret, durch das in Eritrea geborenen Anhängern dieser Glaubensgemeinschaft die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Als Staatenlose bleiben ihnen wesentliche Grundrechte versagt; sogar der Zugang zu Wohnraum und Grundnahrungsmitteln wird ihnen erschwert.

Zeugen Jehovas lehnen es aus Gewis-

sensgründen ab, Militärdienst zu leisten. Dagegen ist der Wehrdienst in Eritrea weiterhin unbefristet. Schon Heranwachsende ab 16 Jahren werden eingezogen. Die eigenen Bürger werden häufig für mehrere Jahrzehnte zwangsverpflichtet. Diejenigen, die sich dem entziehen wollen, verfolgt der Staat unerbittlich wie Feinde, sperrt sie in unterirdischen Verliesen oder in Container-Lagern ein. Mehr als 270 Zeugen Jehovas sind unter solchen Bedingungen bereits seit Beginn ihrer Entrechtung inhaftiert worden. Aktuell sind 64 ihrer Anhänger – 35 Männer und 29 Frauen – hinter Gittern.

Abgesehen von ihnen und Kritikern

der sozialistischen Einparteien-Diktatur werden Angehörige weiterer Religionsgemeinschaften verfolgt und willkürlich ohne Anklage eingesperrt. Im Mai 2002 hatte Afewerki alle Angehörigen staatlich nicht erlaubter Kirchen, darunter 35 evangelikale Gemeinschaften, zu Staatsfeinden erklärt. Angaben des UN-Sonderberichterstatters für Eritrea, Mohamed Abdelsalam Babiker, zufolge sind mehr als 400 Christen derzeit eingesperrt, einige darunter seit nunmehr zwei Jahrzehnten. Auch teilen viele Muslime ihr Schicksal als Gefangene, wobei jedoch ihre genaue Zahl noch nicht ermittelt werden konnte.

VORANKÜNDIGUNG: JAHRESTAGUNG DER IGFM – 29./30. März 2025 in Bonn